77. Jahrgang. Nr. 528

Mittwoch, 9. November 1932

Dresdner Nachrichten

Gegründet 1856

Drahtanschrift: Nachrichten Dresden
Fernsprecher-Sammelnummer: 25241
Nur für Nachtgespräche: Nr. 20011
Schriftleitung u. Hauptgeschäftsstelle: Dresden-N. 1, Marienstraße 38/42

Bezugsgebühr bei täglich zweimaliger Zustellung monatlich 3.20 Mk. (einschließlich 70 Pfg. für Trägerlohn), durch Postbezug 3.20 Mk. einschließlich 56 Pfg. Postgebühr (ohne Postzustellungsgebühr) bei 1 mal wöchentlichem Versand. Einzelnummer 10 Pfg., außerhalb Sachsens 15 Pfg. Anzeigenpreise: Die einspaltige 30 mm breite Zeile 35 Pfg., für auswärts 40 Pfg., die 90 mm breite Reklamezeile 200 Pfg., außerhalb 250 Pfg. abg. Preisnachlaß lt. Tarif, Familienanzeigen und Stellengesuche ohne Rabatt 15 Pfg., außerhalb 25 Pfg. Offertengebühr 30 Pfg. Auswärtige Aufträge gegen Vorausbezahlung.

Druck u. Verlag: Sliepsch & Reichardt, Dresden, Postscheck-Kto. 1065 Dresden. Nachdruck nur mit deutl. Quellenangabe (Dresdn. Nachr.) zulässig. Unverlangte Schriftstücke werden nicht aufbewahrt

Die einzige Dresdner Zeitung mit Morgen- und Abendausgabe

Polen plaudert Herriots Geheimnisse aus

Spanien Aufmarschgebiet für Frankreichs Kolonialheer

Berlin, 8. Nov. (Eig. Drahtm.) Die Spanienreise des französischen Ministerpräsidenten Herriot wird von der polnischen Regierungspresse als ein auch für Polen sehr bedeutendes Ereignis gewertet. Die Blätter erklären, daß trotz aller Dementis das Vorhandensein von Plänen zu einer französisch-spanischen militärischen Zusammenarbeit nicht zu bestreiten sei. Der „Illustrowany Kurjer Codzienny" schreibt, es handele sich bei den Bemühungen Herriots darum, einen neuen Gleichgewichtsfaktor in Spanien zu finden, der sich den Gelüsten einer Revisionspolitik entgegenstellen würde. Diese Revisionsbestrebungen seien aber gegen die wichtigsten Lebensinteressen Polens gerichtet. Ebenso wie beispielsweise auf dem Balkan die Rolle Jugoslawiens für Polen nicht gleichgültig sein könne, werde es daher auch durch die auf der iberischen Halbinsel getroffenen Entscheidungen berührt.

Das polnische Blatt begrüßt den Beschluß des spanischen Parlaments, den Heeresetat um 60 Mill. Peseta zu erhöhen und erklärt, daß die in ein aktives Stadium ihrer Politik tretende junge spanische Demokratie auch des polnischen Wohlwollens sicher sein könne, sobald sie den Weg zu dem den Frieden und die Sicherheit verteidigenden System finden würde.

Ein anderes polnisches Blatt, der „Kurjer Polski" glaubt, daß die Schaffung eines französischen Flottenstützpunktes auf den Balearen den Kernpunkt der Madrider Besprechungen Herriots gebildet habe und stellt einen unmittelbaren Zusammenhang zwischen diesem Plan und dem französischen „konstruktiven Plan" fest. Sollte der Plan verwirklicht werden, so würde nicht mehr die in eine Miliz umgewandelte französische Armee, sondern

die Kolonialtruppen würden für Frankreich die Grundlage der Landesverteidigung bilden.

Eine bedeutende und sogar sehr bedeutende Verstärkung der französischen Streitkräfte in den afrikanischen Kolonien sei als Folge des konstruktiven Plans zu erwarten. Daraus ergebe sich aber für Frankreich die zwingende Notwendigkeit, unter Mitwirkung Spaniens den kürzesten Seeweg nach dem Mutterlande für die afrikanischen Truppen zu sichern.

Ob es den Franzosen sonderlich angenehm sein wird, daß die polnische Presse diese Dinge so offen ausplaudert, dürfte ein Kapitel für sich sein. Der französische Ministerpräsident Herriot aber könnte auf die Aufmerksamkeit der gesamten Welt rechnen, wenn er sich dazu äußerte, ob sein „konstruktiver Abrüstungsplan" tatsächlich eine Verschiebung der französischen militärischen Streitkräfte von Frankreich nach Afrika vorsieht, um so eine wirkliche französische Abrüstung zu hintertreiben.

Frankreich verstärkt die Auslandspropaganda

Paris, 8. Nov. Die französischen Minister traten am Dienstag unter Vorsitz des Staatspräsidenten zu einem Ministerrat zusammen. Die Erklärungen, die der Ministerpräsident über seine Reiseeindrücke in Spanien abgegeben hat, scheinen auf die Mitglieder der Regierung nicht ohne Einfluß geblieben zu sein. Es wurde beschlossen,

die französische Propaganda im Ausland viel aktiver zu gestalten.

Deshalb wurde der Propagandafonds des Außenministeriums wesentlich erhöht. Der Haushaltplan, den der Finanzminister seinen Kollegen vorlegte, hat anscheinend in letzter Stunde noch verschiedene Abänderungen erfahren. So ist man besonders von dem Gedanken abgerückt, die Pensionen der ehemaligen Kriegsteilnehmer herabzusetzen. Die Kürzung der Beamtengehälter ist jedoch beibehalten worden. Sie wird gestaffelt sein und zwischen drei und zehn vom Hundert betragen. Gehälter unter 12 000 Franken werden von Kürzungen nicht betroffen.

Neues französisches Marineluftschiff

Paris, 8. Nov. Heute nachmittag ist auf dem Flugplatz von Orly, südlich von Paris, ein neues halbstarres französisches Marineluftschiff von 15 000 Kubikmeter Raumverdrängung und zwei Motoren von je 350 PS erprobt worden. Der erste Probeflug mit 13 Mann Besatzung betrug 40 Minuten. Das Luftschiff hat einen Aktionsradius von etwa 350 Kilometer und ist für die Marinestation von Rochefort bestimmt.

Die ersten Ergebnisse für Roosevelt

Starke Wahlbeteiligung in Amerika

Neuyork, 8. Nov. Das Wahlwetter ist kühl und bewölkt. Aus verschiedenen Oststaaten werden Regenfälle gemeldet. In der Stadt Neuyork überwachen 7550 Schupos die 3794 Wahllokale. Insgesamt 19 220 Polizisten sind in der Stadt alarmbereit. Die Washingtoner Geheimpolizei traf Vorbereitungen, um verfassungsgemäß den staatlichen Schutz auf Roosevelt auszudehnen, falls er gewählt wird. Die Polizeistunde ist für Klubs und Tanzdielen auf 0.50 Uhr Mitternacht verlängert worden. Um dem Massenandrang der Wähler begegnen zu können, sind

in der Stadt Neuyork neue Wahlmaschinen

eingeführt worden, die aber recht umständlich sind. In den übrigen Städten und auf dem Lande wird meistens mit Stimmzetteln gewählt. Amerika rechnet mit der Bekanntgabe des Endergebnisses gegen Mitternacht (Ortszeit). Das wäre nach Mitteleuropäischer Zeit 6 Uhr morgens. Amtlich ist der Wahltag zum Feiertag erklärt worden, doch sind trotzdem die meisten Geschäfte geöffnet.

Das Volk rechnet allgemein nach wie vor mit einem ausgesprochen großen Sieg Roosevelts, während die Republikaner im Hinblick auf das Alkoholverbot die Unterstützung ihres Kandidaten Hoover, vor allem auch durch die Frauen erhoffen.

Trotz des allgemein erwarteten demokratischen Sieges ist die Börse fest. Im Staat Neuyork findet neben den politischen Abstimmungen noch eine Abstimmung über die Auflage einer 80-Millionen-Dollar-Anleihe für die Erwerbslosen statt.

Da das Wahlgesetz solche Personen von der Wahl ausschließt, die aus öffentlichen Mitteln unterhalten werden, sind bei der jetzigen Wahl

viele Personen ihres Stimmrechts verlustig

gegangen.

Es ist bei der Wahl besonders zu beachten, daß der Präsident nicht wie in Deutschland unmittelbar vom Volke gewählt wird, sondern daß vielmehr 531 Wahlmänner für die Präsidentschaftswahl gekürt werden: die sogenannten Elektoren, die in zwei Monaten zusammentreten, um die Abstimmung über die Präsidentschaftskandidaten vorzunehmen. Da die Wahlmänner von den Parteien gewählt werden und es sich praktisch um die Entscheidung lediglich zwischen Republikanern und Demokraten handelt, so bedeutet **die Mehrheit, die eine dieser beiden Parteien unter den Wahlmännern erhält, auch schon die Wahl ihres Kandidaten.**

Die ersten Ergebnisse aus Kolorado brachten für Hoover 2795, für Roosevelt 8241 Stimmen; für Kansas lauten die entsprechenden Ziffern 5988 und 6125, für Massachusetts 11781 und 18776, für Missouri 1580 und 1773. In Rhode Island erhielt Hoover 135, Roosevelt nur 74 Stimmen. In Texas dagegen dominiert wieder Roosevelt mit 16 586 Stimmen gegenüber Hoover mit 2826 Stimmen.

Nach den vorliegenden ersten Resultaten aus 13 der 48 Bundesstaaten führt Roosevelt in Alabama, Colorado, Florida, Georgia, Kansas, Massachusetts, Michigan, Missouri, Newhampshire, Nord-Carolina und Oklahoma, Hoover in Nebraska und Rhode Island.

Mißglückter Anschlag auf den Sonderzug Hoovers

San Franzisko, 8. November. Der Sonderzug, der Präsident Hoover nach Palo Alto brachte, mußte infolge eines geheimnisvollen Zwischenfalles bei Winnemucca (Nevada) anhalten, da ein Brückenwächter die Signale auf Halt gestellt hatte. Als man ihn fragte, aus welchem Grunde er dies getan habe, entblößte er seinen Oberkörper, der mehrere Messerstiche aufwies. Er berichtete den ihn verhörenden Kriminalbeamten, daß er von zwei Unbekannten, einem Weißen und einem Neger, überfallen worden sei. Die Angreifer hätten versucht, ihn zu erdolchen. Als er sich wehrte, hätten sie schließlich die Flucht ergriffen und auf ihn geschossen, wobei eine Kugel ihn an der Hand streifte. Als man die Umgebung absuchte, fand man ein

Dynamitpaket dicht bei der Brücke

und ein zweites Paket in einem Busch. Nach 20 Minuten Aufenthalt fuhr der Zug weiter. Da die Brücke selbst keinerlei Beschädigungen aufwies, tappt man noch völlig im Dunkel. Der Zug Hoovers erlitt durch den Zwischenfall 40 Minuten Verspätung. Infolgedessen mußte er die Station Winnemucca, in der Hoover kurz sprechen wollte, ohne Halt durchfahren.

Ungarns Ministerpräsident besucht Rom

Budapest, 8. Nov. Ministerpräsident Gömbös ist am Dienstag um 19.45 Uhr mit dem fahrplanmäßigen Schnellzug nach Rom abgereist. In Begleitung des ungarischen Ministerpräsidenten befindet sich außer einer Reihe hoher Beamter auch der italienische Gesandte in Budapest, Herzog von Colonna.

Kampf um die Rathäuser

Kaum ist der Reichstagswahlkampf beendet, kaum sind die alten wohlbekannten Aufrufe verschwunden, da überziehen sich die Plakatsäulen schon wieder mit neuen bunten Farben. Die Parteien und diesmal auch viele berufsständische Gruppen rüsten sich zur neuen Wahlschlacht am nächsten Sonntag, der sechsten dieses Jahres. Ein wenig glücklicher Zufall will es, daß nach so vielen Wahlen dieses Jahres nun zum Schluß auch noch die Gemeindewahlen in Sachsen fällig werden. Ernstere Pflichten beinahe als bei den Reichstagswahlen erwachsen daraus den Bürgern unserer sächsischen Städte und Gemeinden. Denn in dieser Woche muß sich jeder nicht nur darüber schlüssig werden, welcher Gruppe er seine Stimme geben will, er muß darüber hinaus in noch viel höherem Maße alle Lauen und Flauen aufrütteln und dafür Sorge tragen, daß jeder in seinem Bekanntenkreise auch seine Wahlpflicht ausübt. Wenn bei der Reichstagswahl die Wahlbeteiligung zwar bereits nachgelassen hat, aber doch noch verhältnismäßig gut war, so besteht leider jetzt die große Gefahr, daß die Zahl derer wächst, die glauben, sie hätten bei den vielen Wahlen dieses Jahres ihre Pflicht hinreichend getan und könnten sich deshalb einen neuen Gang an die Urne schenken. Immer wieder begegnet man dem verhängnisvollen Irrtum, Gemeindewahlen seien nicht so wichtig, die politische Entscheidung sei ja im Reich gefallen. Auch in politisch ruhigen Zeiten, in denen der Wähler nicht über Gebühr in Anspruch genommen worden ist, wurden die Gemeindewahlen nur zu oft als Nebensache behandelt. Mit dem Erfolge, daß die marxistischen Wähler ihr Staatsbürgerrecht wahrnahmen, während die nichtmarxistischen Parteien unter der schlechten Wahlbeteiligung zu leiden hatten.

Es läßt sich für fast alle deutschen Großstädte nachweisen, daß der Marxismus immer dann in den Gemeindeparlamenten die Mehrheit erhielt, wenn die Wahlbeteiligung schlecht war. Das gilt vor allem auch von unserer Landeshauptstadt Dresden. Bei den vorletzten Gemeindewahlen im Jahre 1926 blieben von 400 000 Wählern 144 000 der Urne fern. Die Wahlbeteiligung betrug also nur 67 Prozent. Da das Gemeindeparlament in Dresden 75 Sitze aufweist, die nach einem sich je nach der Wahlbeteiligung ändernden Wahlquotienten nach dem Verhältniswahlsystem auf die Parteilisten verteilt werden, vermag diejenige politische Gruppe, die ihre Anhänger vollzählig an die Urne bringt, ihren Einfluß weit über ihren tatsächlichen zahlenmäßigen Anteil an der Gesamtbevölkerung zu steigern. In der Tat brachten uns in Dresden die Wahlen von 1926 mit ihrer katastrophal schlechten Wahlbeteiligung eine marxistische Mehrheit von zwei Stimmen. Dabei ergab sich die sehr interessante Tatsache, daß damals in denjenigen Stadtteilen Dresdens, die eine starke marxistische Mehrheit aufzuweisen hatten, 95 Prozent der Stimmberechtigten ihre Wahlpflicht erfüllten, während in den Stadtteilen mit starker bürgerlicher Mehrheit nur 50 Prozent zur Urne gegangen waren. Kein Wunder also, daß der Marxismus damals triumphierte. Das Bürgertum hatte allerdings insofern noch Glück, als die zwei ausschlaggebenden marxistischen Stimmen der gemäßigten Altsozialdemokratie angehörten, die freilich jetzt wieder reumütig zur SPD. zurückgekehrt ist. Erfreulicherweise wurde man im nichtmarxistischen Lager durch Schaden klug. Drei Jahre später hob sich die Wahlbeteiligung auf die zwar immerhin noch reichlich geringe Ziffer von 74 Proz., die sich jedoch immerhin als genügend erwies, um die marxistische Mehrheit in eine bürgerliche von fünf Mandaten zu verwandeln. Rechnet man das letzte Reichstagswahlergebnis auf die Gemeindewahlen um, so zeigt sich, daß die nichtmarxistischen Parteien am nächsten Sonntag gerade diese Mehrheit von fünf Sitzen halten könnten. Allerdings betrug am letzten Sonntag die Wahlbeteiligung 80,8 Prozent. Sinkt diese Ziffer auch nur um einige Prozent, dann könnte die nichtmarxistische Mehrheit im Dresdner Stadtverordnetenkollegium bereits in Frage gestellt sein. Ein nationaler Wahlsieg in Dresden ist also allein eine Frage der Wahlbeteiligung. Wie stark die marxistische Gefahr in Sachsen trotz des Aufschwunges der nationalen Bewegung nach wie vor ist, beweisen am besten die Wahlergebnisse von Leipzig und Chemnitz. In diesen beiden wichtigen Gemeinden Sachsens sind vor drei Jahren die marxistischen Mehrheiten, wie in Dresden, gebrochen worden. In Leipzig allerdings nur mit einer Mehrheit von einem bürgerlichen Mandat. Wie nötig diese schwer erkämpften Mehrheiten waren, ergibt sich daraus, daß nur so der sozialistische Plan, in allen drei Städten marxistische Oberbürgermeister an die Spitze zu berufen, vereitelt werden konnte. Auch in Leipzig war der knappe bürgerliche Wahlsieg ausreichend genug, um die Wahl des bekannten kommunalpolitischen Fachmannes Dr. Goerdeler durchzusetzen. Jetzt allerdings ist in beiden Städten nach dem Reichstagswahlergebnis für den Gesamtmarxismus wieder eine absolute Mehrheit vorhanden. Hier wird es der äußersten Anstrengungen